

Von großer Bedeutung für die dauerhafte Gesundung der europäischen Situation und zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den Staaten dieser Region wird eine gesamteuropäische Konferenz zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit sein. Die Gesprächspartner unterstreichen nachdrücklich, daß nunmehr alle Voraussetzungen bestehen, um ohne weitere Verzögerung multilaterale Konsultationen zur Vorbereitung der Sicherheitskonferenz in Helsinki aufzunehmen.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen werden auch künftig alle Anstrengungen unternehmen, um zur baldigen Einberufung und zum erfolgreichen Verlauf der Konferenz, an der alle europäischen Staaten sowie die USA und Kanada teilnehmen sollten, beizutragen.

Beide Seiten gehen davon aus, daß es an der Zeit ist, zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland normale Beziehungen der friedlichen Koexistenz herzustellen, die vom Prinzip der souveränen Gleichheit ausgehen und auf den Normen des Völkerrechts beruhen. Die Delegation der Volksrepublik Polen begrüßt in diesem Zusammenhang den auf Initiative der Deutschen Demokratischen Republik aufgenommenen Meinungs-austausch zwischen den Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden Staaten, entsprechend den Normen des Völkerrechts, als einen wichtigen Beitrag zur Entspannung und zur Festigung des Friedens in Europa.

Beide Delegationen betonen, daß die Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik als gleichberechtigtes Mitglied in die Organisation der Vereinten Nationen keinen weiteren Aufschub duldet. Um auf dem Wege zu dauerhaftem Frieden und Sicherheit in Europa erfolgreich voranzuschreiten, müssen unverzüglich alle Diskriminierungsversuche eingestellt werden, die darauf abzielen, die gleichberechtigte Teilnahme der Deutschen Demokratischen Republik am internationalen Leben zu erschweren.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen unterstützen voll und ganz die gerechte Forderung der CSSR nach Anerkennung der Ungültigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an. Sie sind der Auffassung, daß eine entsprechende Übereinkunft zwischen der CSSR und der BRD ein wichtiger Beitrag zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit wäre.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Volksrepublik Polen bekräftigen ihre unverbrüchliche Solidarität mit dem vietnamesischen Volk sowie den Völkern von Laos und Kambodscha in ihrem heldenhaften und gerechten Kampf für Freiheit und nationale Souveränität. Sie fordern erneut